

Unter der Lupe

Informationen und Wertungen, auf die es ankommt.

Von Andres Müller

Die USA haben die höchsten Militärausgaben

Das ist verständlich, denn schließlich lebt die US-Politik seit über 100 Jahren in dem Wahn, der ganzen Welt Frieden, Demokratie und Menschenrechte bringen zu müssen. In den 1. Weltkrieg sind sie eingetreten, weil sie den europäischen Völkern angeblich das Selbstbestimmungsrecht bringen wollten. Und gerade dieses haben sie in dem schändlichsten Friedensvertrag aller Zeiten mit Füßen getreten. In Wirklichkeit wollten die US-Kapitalisten verhindern, daß sie ihre an England und Frankreich gezahlten Kriegsdarlehen verlieren. Dafür mußten nicht wenige Amerikaner schon im 1. Weltkrieg ihr Leben lassen.

Wirtschaftsinteressen, Kriegseinsätze und Wirtschaftblüte waren schon immer dominierende Handlungsmaximen der US-Politik. Sie sind es auch in unserer Zeit, in der das US-Zeitalter sich dem Ende zuneigt. Doch welches Ausmaß die US-Militärausgaben angenommen haben, überrascht den normalen Zeitungsleser dann doch, wenn er die Zahlen liest.

Die Militär- und Rüstungsausgaben sind nach Berechnungen des Stockholmer Friedensforschungsinstituts [Sipri](#) im vergangenen Jahrzehnt weltweit um 45 Prozent gestiegen¹. Allein im vergangenen Jahr gaben die Regierungen insgesamt rund 1339 Milliarden Dollar für Rüstungszwecke aus.“

„Auf die Vereinigten Staaten entfielen mit 547 Milliarden Dollar 45 Prozent aller Rüstungsausgaben. Seit 2001 stiegen die amerikanischen Rüstungsausgaben um 59 Prozent.“ Grund sind nach Angaben von Sipri vor allem die Kriege im Irak und in Afghanistan.

Nach den Vereinigten Staaten folgen Großbritannien, China, Frankreich und Japan mit jeweils fast fünf Prozent der globalen Militärausgaben. Deutschland stand laut der Sipri-Auflistung mit 36,9 Milliarden Dollar oder drei Prozent aller Rüstungsausgaben an sechster Stelle – noch vor Russland, das laut Sipri 35,4 Milliarden Dollar ausgab.“

Wie ist's möglich denn?

Nato-Generalsekretär de Hoop Scheffer hat sich „besorgt“ über die Stationierung mehrerer hundert russischer Soldaten in der von Georgien abtrünnigen Provinz [Abchasien](#) geäußert und deren Abzug verlangt.

Der israelische Ministerpräsident [Olmert](#) hat von der amerikanischen Regierung verlangt, „mit allen Mitteln“ die Bedrohung zu stoppen, die vom iranischen Atomprogramm ausgehe.

Unter israelischen Diplomaten macht dieser Tage ein Scherz die Runde: „[Carter](#) will uns beleidigen“, sagen sie. „Er behauptet, wir hätten nur 150 Atomraketen, dabei weiß doch jeder, daß es mindestens 200 sind.“

¹ Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 10.06.2008 Seite 1.

Die Vereinigten Staaten haben ihre [Kriegsschiffe](#) mit mehr als 1000 Tonnen Hilfsgütern für die Zyklon-Opfer in Burma abgezogen. Die Militärjunta habe die Hilfe abgelehnt, teilte das Pazifik-Kommando am Mittwoch auf Hawaii mit.

Der Afghanistan Feldzug kommt uns teuer zu stehen

Die USA sind mit ihren weltweiten Kriegen über ihre ökonomischen und personellen Grenzen gegangen. Jetzt müssen die Vasallen das ihre tun, die Weltherrschaft der USA zu stützen. Und die Politiker der betroffenen Staaten machen mit, wie einstmals unter Napoleon. Bis ans bittere Ende. Damals mußten die Deutschen dem französischen Eroberer auch die Soldaten für den Einmarsch nach Rußland stellen. Die wenigsten haben das damals überlebt.

Die deutschen Soldaten werden heute wieder in fremden Ländern - und diesmal sogar in fernen Kontinenten - eingesetzt. Sie sollen unsere Freiheit in Afghanistan verteidigen, eine Formulierung von Exverteidigungsminister Struck – wer sie ihm wohl eingeflüstert hat? Welch ein sonderbares Verständnis von Verteidigung. Als ob jemals die Gefahr bestanden hätte, daß die Taliban über Deutschland oder einen anderen Nato-Partnerstaat herfallen.

Die Deutschen werden also zur Tributleistung herangezogen. Die Amerikaner haben sich bei ihrem Missionierungsauftrag, aller Welt die Freiheit, Demokratie und Menschenrechte zu bringen, überhoben. In diesem Jahr (2008) wird ihr Haushaltsdefizit über 400 Mrd. Dollar ansteigen, das Leistungsbilanzdefizit wird nach 857 Mrd. Dollar im Vorjahr die 1000 Mrd. Grenze überschreiten und die US-Wirtschaft taumelt in die selbst verschuldete Inflation und Rezession. Um die Größenordnungen dieser Zahlen richtig einschätzen zu können, seien sie mit dem Bundeshauhalt Deutschlands für das Jahr 2008 verglichen, der sich auf 283 Mrd. Euro beläuft!

Sieht man diese blanke Not der USA, so dürfte es doch selbstverständlich sein, einem Staat beizuspringen, dem wir Freiheit und Befreiung, ja selbst die Wiedervereinigung verdanken, wie uns nahezu täglich die meinungsbildenden Redaktionsstäbe der Medien belehren. Da verbietet es sich doch von selbst, eine schnöde monetäre Gegenrechnung aufzumachen, stehen wird doch in einer moralischen Pflicht, oder? Diese „moraltriefende“, auf unterschwellige Gefühle abzielende Argumentation gilt es sachlich zu analysieren.

Die erste Frage ist natürlich: Beispringen wobei? Bei dem Ausbau der Weltherrschaft? Die USA sind nun in einer Region militärisch präsent, in der sie zuvor nicht waren. Das ist Fakt.

Die zweite Frage ist, welches Recht hat ein Staat, auch wenn es der mächtigste der Erde ist, fremden Menschen und Kulturen die eigenen Werte überzustülpen, gegen deren Willen, mit Waffengewalt, die im Irak und Afghanistan schon Hunderttausenden von Menschen das Leben gekostet hat. Auch das ist Fakt, ebenso die Tatsache, daß es eine - die Menschenwürde verletzende - Anmaßung ist, die momentanen Werte der sogenannten westlichen Wertegemeinschaften anderen Kulturen aufzwingen zu wollen, denen man ihrerseits solches mit Recht verwehren würde.

Und diese brutalen Fakten werden mit einer sogenannten Missionierung übertüncht und gerechtfertigt. So wie damals die Missionierung Mittel- und Südamerikas durch die spanische Soldateska? Damals war das eigentliche Motiv des Handelns der verlockende Reichtum des Goldes. Heute sind die Ausbeutungsstrukturen der Wirtschaft komplexer geworden, aber es gibt keinen Zweifel, daß die ökonomische Ausbeutung fremder

Volkswirtschaften durch das Globalkapital der eigentliche Motor des Handelns ist. Wieder ein Fakt.

Und die dritte Frage ist natürlich, ob wir, d.h. der Deutsche Staat und das Deutsche Volk uns nicht mitschuldig machen, wenn wir angesichts der Fakten diese pure Imperialpolitik unterstützen?

Kommen wir zu den ökonomischen Fakten zurück:

Das Realeinkommen der Deutschen ist in den letzten 10 Jahren im Durchschnitt um 8% gesunken. Diese Tatsache verdanken wir der Globalisierung, deren Nutznießer die Kapitaleigentümer, Gewinneinkommensbezieher, die Kapitalspekulanten und deren Verwaltungspersonal, also das oberste Management in den Unternehmen sind. Es gibt auch eine Reihe von Volkswirtschaften, die von der Globalisierung profitiert haben, z.B. die amerikanische, die seit Jahren über ihre Verhältnisse lebt und die Bürger mehr konsumieren als sie produzieren. Den Deutschen jedenfalls bleibt heute weniger an Realeinkommen als vor 10 Jahren.

In dieser Situation werden wir aufgefordert, neben dem militärischen Beitrag in [Afghanistan](#) zusätzliche Kosten zu tragen, die man Wiederaufbauhilfe nennt. So nach dem Muster der Entwicklungshilfe, die weltweit gescheitert ist. Die UNO will 21 Milliarden Dollar (rund 14 Milliarden Euro) in den nächsten zwei Jahren für den Wiederaufbau zahlen. Die Kriegskosten sind dabei nicht genannt. Die müssen die Völker der Vasallenstaaten zusätzlich erbringen.

Über die die Höhe der Beteiligung der einzelnen Staaten wurde folgendes bekannt: Frankreich will seine Wiederaufbauhilfe verdoppeln. In den Jahren 2008 – 2010 werden die Franzosen 107 Mio. Euro für „den guten Zweck“ berappen. Die deutsche Regierung wird 420 Mio. Euro einzahlen, also knapp das Vierfache! Großbritannien will 710 Mio. Euro beisteuern, genau so viel wie die Weltbank (an der auch Deutschland beteiligt ist). Die USA zahlen mit 10,2 Mrd. Dollar (von 21 Mrd.) weniger als die Hälfte ihrer Kriegsfolgekosten.

Zur Erinnerung und zum Vergleich: Den Transrapid konnte sich Deutschland nicht leisten, weder zwischen Berlin und Hamburg, noch von München zum nahegelegenen Flughafen. Wir müssen die Ausbildung an den Universitäten verbessern, um im globalen Wettbewerb bestehen zu können. Doch die technisch hochwertigen Produkte, die dann hergestellt werden, können wir uns selbst nicht mehr leisten.

Etwas scheint da nicht zu stimmen.